

Klotz: Angezählt, aber noch nicht K.O.



Angezählt ist die Tempelhof-Schöneberger Stadtentwicklungsdezernentin, Dr. Sibyll Klotz (Grüne), schon lange. Dass sie noch nicht K.O. gegangen ist, verdankt sie einzig und allein der Rot-Grünen Zählgemeinschaft im Bezirk. Diese Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen hat am 16. September in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung aber einen kräftigen Schlag abbekommen. Die SPD brachte gemeinsam mit der CDU einen Antrag ein, der das Bezirksamt daran „erinnern“ sollte, endlich die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung auf dem EUREF-Campus am Gasometer zu schaffen.

„Die bisherige Entwicklung macht den EUREF-Campus zum wichtigsten Investitionsstandort für moderne und umweltschonende Energien im Bezirk und darüber hinaus. Der EUREF-Campus ist eine wirtschaftspolitische Erfolgsgeschichte im Bezirk, die es weiter zu fördern gilt“, heißt es in dem CDU-SPD-Antrag. Die von Frau Dr. Klotz' Stadtentwicklungsamt vertretene Rechtsauffassung, die diese Weiterentwicklung auf Eis legen wollte, wird von der Senatsstadtentwicklungsverwaltung nicht geteilt. Das wurde dem Bezirksamt am 29. Juni 2015 von den zuständi-

gen Planjuristen der Senatsverwaltung mitgeteilt. Klotz war davon wenig beeindruckt und hat offenbar das Schreiben ignoriert.

Wie brüchig die Rechtsauffassung des Stadtentwicklungsamtes Tempelhof-Schöneberg ist, zeigte sich an einem anderen Beispiel, das ebenfalls den EUREF-Campus betrifft.

Worum geht es? 2013 hat das Amt von Dr. Klotz dem Eigentümer des EUREF-Campus einen Bußgeldbescheid zugestellt. Angeblich soll ohne Baugenehmigung in einem Gebäude im Hinblick auf den Austausch mehrerer Fenster gebaut worden sein. „Mit dem Bußgeldbescheid sollte ein Verstoß gegen eine denkmalschutzrechtliche Ordnungswidrigkeit geahndet werden“, teilte Frau Dr. Klotz auf eine Mündliche Anfrage der CDU-Bezirksverordneten Wanda Preußker am 16. September mit. Das reine geltend gemachte Bußgeld betrug 20.000 Euro. Daneben wurden noch Gebühren und Auslagen in Höhe von 1.003,50 Euro geltend gemacht, insgesamt also 21.003,50 Euro.

Natürlich ging die EUREF AG in Widerspruch. Das Verfahren fand am 14. August 2015 statt. Der Ansicht des Bezirks hat sich das Amtsgericht Tiergarten nicht angeschlossen. Das Gericht ist hingegen der Beweisführung der EUREF-AG vollständig gefolgt. „Wir haben eine entsprechende Genehmigung sehr wohl vor Baubeginn gehabt“, teilte uns auf Anfrage der Betreiber des EUREF-Campus mit. Ob überhaupt die Ordnungswidrigkeitshöhe angemessen war, konnte dahinstehen. Höchst vorsorglich aber sei darauf hingewiesen worden, dass der Betrag völlig aus der Luft gegriffen und wesentlich zu hoch erschien.

Im Verhandlungstermin am 14. August 2015 hat das Gericht das Verfahren auf Kosten der Landeskasse eingestellt, weil der EUREF-AG kein Schuldvorwurf gemacht werden konnte. „Das Gericht ist dabei vollständig unserer Argumentation gefolgt. Im Ergebnis hat das Gericht bestätigt, dass wir uns vollkommen rechtmäßig verhalten haben“, so die EUREF-AG.

Die Frage, wie hoch der Schaden an Arbeitsaufwand des Stadtentwicklungsamtes ist, der dem Bezirk durch den Bußgeldbescheid entstand, wollte die Stadträtin in der BVV-Sitzung nicht beantworten. „In der Kürze der Zeit könne das nicht ermittelt werden.“ Die CDU sollte der Stadträtin Zeit geben und darauf bestehen, herzufinden, wie viel Geld durch diese Aktion verbrannt worden ist. Die CDU-Bezirksverordnete Preußker wollte ferner wissen, wie hoch die Summe der Verfahrenskosten für den Bezirk ist.

Die Antwort verblüfft nicht, wenn man die Art der Stadträtin, mit derartigen Fragen umzugehen, kennt. „Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt. ‚Staatskasse‘ in diesem Sinne ist die Justizkasse. Das Bezirksamt trägt keinerlei Kosten, da es mit Abgabe des Vorgangs an die Amtsanwaltschaft nicht mehr Verfolgungsbehörde war.“ Die Kosten des Verfahrens, die nicht das Bezirksamt trägt, für die aber die Steuerzahler, auch in Schöneberg haften, betragen zehn Prozent des Bußgeldes, also rund 2.000 Euro.

Die Überschrift der Mündlichen Anfrage von Frau Preußker lautete. „Wird der Investor des EUREF-Campus aus politischen Gründen vom Bezirksamt schikaniert?“ Darauf reagierte Frau Klotz höchst empfindlich: „Der aus der Überschrift ... erkennbare Tenor, das Bezirksamt schikaniere bestimmte Personen oder Institutionen, wird strikt zurückgewiesen.“ Nun, wer die Entwicklung des EUREF-Campus seit Beginn der Amtszeit von Frau Dr. Klotz im Herbst 2011 beobachtet, versteht die Empörung über die Fragestellung in der Überschrift zu der Mündlichen Anfrage überhaupt nicht.

Dass der Antrag von CDU und SPD am 16. September beschlossen wurde, ist aber nur ein Teil der Lösung. Es ist davon auszugehen, dass das Amt von Frau Dr. Klotz weiterhin alles unternehmen wird, um die Entwicklung auf dem EUREF-Campus mit allen möglichen Argumenten zu verzögern oder gar zu verhindern. Es gibt nur eine Lösung für das Problem Klotz, nämlich dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung das weitere Verfahren an sich zieht. Der EUREF-Campus ist längst kein Bezirksprojekt mehr, sondern hat gesamtstädtische Bedeutung.

Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen in der BVV Tempelhof-Schöneberg, Jörn Oltmann, hat noch versucht, in letzter Minute einen „Ersetzungsantrag“ mit der Rechtsauffassung der Grünen, identisch mit der des Amtes von Frau Dr. Klotz, durchzusetzen. Die SPD ist auf dieses Manöver nicht hereingefallen. Wie schon im Falle der Kleingartenkolonie Säntisstraße in Marienfelde, hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Jan Rauchfuß klare Kante, auch gegen den Zählgemeinschaftspartner gezeigt. Eine Zählgemeinschaft ist keine Koalition und erst recht keine Schicksalsgemeinschaft. Vor allem dann nicht, wenn es um die Entwicklung des Bezirks geht. Dass, abgesehen von einem SPD-Verordneten, der die Debatte und Abstimmung an seinem Handy spielend im Zuschauerraum verfolgte, sich alle Sozialdemokraten hinter ihrem Vorsitzenden in dieser Frage versammelt haben, ist löblich.

Natürlich werden die Grünen, die immer schon schlechte Verlierer waren, versuchen Rache zu nehmen. Am einfachsten gelingt das, indem man der CDU-Fraktion Zustimmung bei einem Antrag signalisiert, den die SPD nicht mittragen will. Ralf Olschewski und seine CDU-Fraktion sollten dieser durchsichtigen Aktion, die mit Sicherheit auf sie zukommen wird, nicht auf den Leim gehen.

Es ist keineswegs so, dass lediglich der EUREF-Campus unter der Amtsführung von Frau Dr. Klotz leidet. Tempelhof-Schöneberg liegt bei den Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau einschließlich der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden im Berliner Durchschnitt auf dem vorletzten Platz mit 437 im Jahre 2014. Berliner Durchschnitt: 1.599. Von 2011 bis 2014 mit 1.473 auf dem vorvorletzten Platz. Berliner Durchschnitt: 4.084. Bei den Baufertigstellungen sieht es nicht anders aus: Vorvorletzter Platz mit 333 2014. Berliner Durchschnitt: 729. Und von 2011 bis 2014 vorletzter Platz mit 771. Berliner Durchschnitt: 2.108. Die Zahlen gehen aus einer Schriftlichen Anfrage der CDU-Abgeordneten Monika Thamm vom 19. Mai 2015 hervor.

Angeblich, so hört man vom Flurfunk des Rathauses Schöneberg, will Sibyll Klotz nach den Wahlen 2016 aufhören. Wenn sie vorher K.O. ginge, würde sich an der Problematik der grünen Stadtentwicklungsbremser in Tempelhof-Schöneberg nichts ändern, denn Fraktionschef Jörn Oltmann soll bereits in den Startlöchern stehen. Das wäre der berühmte Schritt vom Regen in die Traufe. Und wie man weiß, wird es dann getreu dem Sprichwort nur schlimmer, denn: „Die (Dach)Traufe ist das untere Ende des Daches. Regnet es, tropft von dort das auf dem Dach gelandete Wasser gesammelt gen Boden. Wobei tropfen ein zu milder Ausdruck ist. Wer unter einem vorstehenden Dach Schutz suchen will, dabei aber vom Regen in die Traufe gerät, bekommt also statt einzelner Regentropfen gleich einen ganzen Schwall Wasser ab.“ (*Quelle: redensarten.net*)

Es gäbe noch eine andere Möglichkeit, die Stadtentwicklung in Tempelhof-Schöneberg wieder in Schwung zu bringen, sowohl jetzt gleich, aber erst recht nach den Wahlen in einem Jahr: Das Bezirksamt müsste lediglich den Geschäftsverteilungsplan ändern und den Grünen das Stadtentwicklungsamt wegnehmen. Nach der Wahl 2016 dürfen die Grünen nicht erneut mit diesem Ressort betraut werden.

Ed Koch (und Foto)